

## prof. Radl – Bischof von Eichstätt

Der heilige Vater hat den Professor Dr. Michael Radl als Nachfolger des Bischofs Preysing zum Bischof von Eichstätt ernannt.

Dr. Michael Radl ist am 18. Oktober 1883 in Rittershof geboren und machte seine Gymnasialstudien ebenso wie seine philosophisch-theologischen Studien in Eichstätt. Am 21. Juni 1909 wurde er zu Eichstätt als Priester geweiht. Seinen theologischen Doktor machte er zu Freiburg i. Br. Von 1909 bis 1911 war er Kaplan in Gundolding bei Eichstätt, im Jahre 1911 beurlaubte ihn sein Bischof für seine Studien nach Rom, wo er im deutschen Kolleg der Unima wohnte. Im Jahre 1913 erhielt er die Professur der Dogmatik in Eichstätt; sein Bischof übertrug ihm die Leitung seines Priesterseminars. Im Jahre 1924 wurde er zum Rektor der philosophisch-theologischen Hochschule von Eichstätt ernannt.

Der neuernannte Bischof veröffentlichte zahlreiche Abhandlungen über die byzantinische Theologie, außerdem ein großes Werk über „Die Christologie des hl. Ignatius von Antiochen“ und „Lebenskräfte im Dogma“.

Dieser kurze Lebenslauf des Bischofs, der heutig im 59. Lebensjahr – einem für Bischöfe noch verhältnismäßig sehr jungen Alter – steht, zeigt die ganz ungewöhnliche Begabung Dr. Radls. Selbst im Distum Eichstätt geboren, galt seine ganze bisherige Lebensarbeit seinem Heimatbistum, in dem er bereits mit 30 Jahren zum Professor der Theologie ernannt wurde. Seine Ernennung dürfte deshalb allseits mit großer Freude begrüßt werden.

## Batikan und Sanktionen

Der „Times“-Korrespondent meldet aus Rom, daß der Heilige Stuhl Schritte unternommen habe, damit die finanziellen und wirtschaftlichen Sanktionen, die jetzt Italien aufgelegt werden sollen, die vielen römischen kirchlichen Institute mit internationalem Charakter nicht berühren. Es wird im Vatikan erklärt, daß in Hinsicht auf die Versicherungen, die man zu Genuß gegeben hat, der Heilige Stuhl die Bischöfe und die Vorstände der kirchlichen Kommunen, die ihre Studenten zur Ausbildung nach Rom schicken, instruiert habe, ihre Jünglinge auch weiterhin nach Rom schicken zu wollen, und es habe der Heilige Stuhl ferner versprochen, solchen Bildungsanstalten ganz besondere Hilfe anzudeihen zu lassen, im Falle, daß sich Schwierigkeiten einstellen.

## Bedingungen für Annahme von Beamtenanwärtern

Der Reichsinnenminister hat zugleich im Namen der übrigen Reichsminister, des preußischen Ministerpräsidenten und der Staatsminister Bedingungen für die Annahme von Beamtenanwärtern den nachgeordneten Behörden des Reiches und der Länder übermittelt. Darin bestont der Minister, daß nach gestendem Recht nur Beamter werden darf, wer die Gewiße bietet, daß er jederzeit tüchtig für den nationalsozialistischen Staat eintrete. Zur Beweisführung des nationalsozialistischen Staatsgedankens sei es erforderlich, daß in Zukunft diejenigen, die Beamte werden wollen, schon zur Jugend auf in der nationalsozialistischen Weltanschauung erzogen sind. Der Führer und Reichskanzler werde bestimmen, in welcher Weise diese Schulung zu erfolgen habe. Bis zum Erfolg dieser Bestimmung sei zu fordern, daß Bewerber um Beamtenstellen, die nach dem 31. Dezember 1935 das 18. Lebensjahr vollenden, mit Erfolg der Hitler-Jugend angehört haben. In Zukunft seien deshalb nur solche Bewerber anzunehmen oder diejenigen, die aus der Wehrmacht als Offiziere oder Soldaten mit Verfolgungsberechtigung entlassen sind. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung des Reichsinnenministers im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers. Die Gemeinden und sonstigen einer staatlichen Aufsicht unterstellten Körperschaften des öffentlichen Rechts sollen entsprechend verfahren.

## Hohe Ordnungsstrafen wegen Überschreitung der Höchstpreise für Eier

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit:

In den letzten Tagen haben in mehreren Bezirken der Stadt Berlin Kontrollen der Höchstpreise für Eier stattgefunden, die eine Reihe von Zuwidderhandlungen gegen die bestehenden Preisbestimmungen ergeben haben. Zur Sicherung dieser Anordnung habe ich in allen Fällen empfindliche Ordnungsstrafen festgesetzt.

Drei Eiergroßhändler haben sich zur Sühnung ihres volksschädigenden Verhaltens zur Abgabe einer Buße bis zur Höhe des Wertes von fünfzig Schafe Eiern bereit erklärt, die ich an die ASA zugunsten des Winterhilfswerkes weiterleiten werde.

Ich werde bei weiteren Verstößen gegen die bestehenden Preisfestsetzungsbestimmungen unmissverständlich mit empfindlichen Strafen vorgehen.

## In Schuhhaft

Stettin, 6. Nov.

Wie die Stadtpolizeistelle Stettin mitteilt, wurde der Bauer Hermann Süßner aus Bernhagen (Kreis Haugwitz) in Schuhhaft genommen, weil er bei dem Verkauf von Schweißnern über den festgesetzten Erzeugerhöchstpreis hinaus ein sogenanntes Schwangergeld in Höhe von etwa 10 Prozent des Verkaufspreises von dem Verkäufer forderte. Der geforderte Überpreis betrug bei zwei Schweinen allein 50 Mark.

## Der Erzbischof von Canterbury und der Völkerbund

Laut „Times“-Meldung hat der Erzbischof Dr. Lang von Canterbury, das Haupt der anglikanischen Kirche Englands, im Canterbury-Zeitungsausschluß für den kommenden Sonntag einen Gebetsauftakt erlassen. Der sogenannte Gedächtnissonntag, so schreibt er, habe den Tag in Erinnerung zu bringen, der nie aus dem Gedächtnis ausgelöscht werden sollte, die Erinnerung an die vielen Gefallenen des Weltkrieges, an die großen Hoffnungen, die man darauf setzte, daß niemals mehr die Geißel des Krieges auf die Erde wieder zurückkehre und über der Welt mehr erschleife.

Der Premierminister habe damals im Hause der Gemeinde das Wort fallen lassen: „Diesen Morgen ging der Weltkrieg zu Ende, und wir hoffen, damit jeder Krieg.“ Der Völkerbund sei zum Zwecke der Realisierung dieser Hoffnung gestiftet worden. Und jetzt nach 17 Jahren erlebe man es, daß der Krieg wiederkehrt sei als ein Werkzeug nationaler Politik. Und auch sonst überall sei eine Atmosphäre der Bekommlichkeit und der Furcht für die Zukunft.

Darum sollten am Gedächtnissonntag alle die, welche noch an die Macht des Gebetes glauben, ihre Zuflucht dazu nehmen, um für die Wiederherstellung und Aufrichtung des Friedens zu flehen.

Dergleichen verordnet der Erzbischof Gebete für die am 14. November stattfindenden Wahlen, die für die Christen in Gang besonderer Weise wichtig seien.

## Die Tschechoslowakei und Deutschland

Dr. Benesch sprach vor den Prager Kammern über die politische Lage in Europa

Prag, 5. November.

Außenminister Dr. Benesch machte am Dienstag in beiden Kammern eingehende Ausführungen zum Kampf um die Sicherheit in Europa und zum italienisch-abessinischen Konflikt. Der Minister gab einleitend nach einem Hinweis auf den Ernst der internationalen Lage einen Überblick über die Ereignisse des Jahres 1935 bis zum italienisch-abessinischen Konflikt, wobei er besonders die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht in Deutschland und den Verhandlungen über den Ostpreß geschildert.

Die tschechoslowakische Regierung, fuhr Benesch dann fort, bleibe auch weiterhin trotz der Unterbrechung der Verhandlungen unabhängig des Donaupattes und sei gemeinsam mit den übrigen Staaten der Kleinen Entente der Ansicht, daß kein so großes Hindernis vorhanden sei, um die Verhandlungen mit Erfolg abschließen zu können. Zum abendländisch-italienischen Konflikt erklärte der Minister, die italienische Regierung habe anlässlich des entschiedene Eintretens der Engländer für die Völkerbundserklärungen nicht erwartet und auch an die Möglichkeit einer größeren Aktion des Völkerbundes nicht geglaubt. Der Völkerbund habe aber nach der klaren Stellungnahme Englands die weittragende Bedeutung dieses neuen Abschnittes in der Geschichte Europas erfaßt. Die Tschechoslowakei, betonte der Minister, ist zwar mittelbar noch unmittelbar an dem Konflikt interessiert, und die Regierung wird nur auf Grund ihrer Völkerbundserklärungen eingreifen.

An den freundschaftlichen Beziehungen der Tschechoslowakei zu Italien können auch die gegenwärtigen Ereignisse nichts ändern.

Die tschechoslowakische Regierung hofft bei Wiederherstellung des Friedens, mit Italien das erfolgreich abschließen zu können, was erfolgsversprechend im letzten Jahr begonnen wurde. Unter

Verhältnis zum nationalsozialistischen Deutschland, fuhr Benesch fort, bleibt ebenso fortsetzt und normal, wie dies bereits in früheren Kundgebungen festgestellt worden ist. Wir hätten mit diesem Staat gern den Ostpreß oder auch einen Pakt, wie ihn der Reichsinnenminister in einer Anrede zur Zeit der Konferenz von Stresa angesehen hat, unterschrieben und so den Ausgleich der Beziehungen sowie eine größere gegenseitige Annäherung vorbereitet, denn wir haben mit Deutschland keine direkten Differenzen und werden sie auch, wie ich hoffe, in Zukunft nicht haben. Von uns aus werden auch niemals Anlässe oder Ursachen für Differenzen mit Deutschland entstehen. Wenn sich Deutschland mit den Staaten Westeuropas einigt, werden wir dies warm betrachten. In dieser Richtung haben wir niemals ein Hindernis

geschaffen. Wir könnten mit Deutschland Schwierigkeiten nur als Beispiel der alleuropäischen Differenzen haben, denn die Staaten Europas hängen heute alle voneinander so stark ab, daß der allgemeine Friede Europas tatsächlich unteilbar ist. In dieser Beziehung ist namentlich auch

die Politik aller drei Staaten der Kleinen Entente Deutschland gegenüber absolut einheitlich.

Wir geben aber in jedem Falle so vor, daß in unserem gegenwärtigen Verhältnis mit Deutschland nichts geschieht, was in der Zukunft ein gemeinsames Einvernehmen hindern könnte, und daß wir gemeinsam mit allen anderen Staaten, auch mit Deutschland, in einer Front der Arbeiter und Krieger des Friedens in Europa stehen können.

Bei dieser Gelegenheit wiederhole ich hier, was ich bereits anderwärts vielfach gesagt habe: die Frage des inneren Regimes dieses oder jenes Staates kann im Rahmen unserer Friedenspolitik kein Hindernis für wahre Einigung und Zusammenarbeit mit ihm sein. Wir sind Verbündete des demokratischen Frankreich, wir haben uns mit dem Sowjetverband geeinigt, wir haben den Donaupakt mit dem faschistischen Italien vorbereitet, wir haben die Verhandlungen mit dem Balkan erfolgreich beendet und wir wünschen auch mit dem heutigen Deutschland Frieden und Zusammenarbeit. Wir wollen, daß jedermann unsere Demokratie respektiert — und darin werden wir weder innerstaatlich noch zwischenstaatlich irgendwelche Zugeständnisse machen —, wogegen wir unsererseits

das politische Regime der anderen voll achten müssen.

Die Beziehungen zu Österreich bleiben freundschaftlich, die Beziehungen der Kleinen Entente zu Ungarn haben sich im Verlauf der Donaupaktverhandlungen gebessert. In unserem Verhältnis zu Polen ist keine Aenderung zum Besseren eingetreten.

## Hodza zum tschechoslowakischen Ministerpräsidenten ernannt

Prag, 6. Nov. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat Präsident Masaryk den Ministerpräsidenten Jan Malý auf dessen Ansuchen aus seinem Amt entlassen und den Landwirtschaftsminister Dr. Milan Hodza zum Vorsitzenden der Regierung ernannt.

Wie hierzu verkündet, wird Ministerpräsident Dr. Milan Hodza sein bisheriges Amt, das Landwirtschaftsministerium, weiter betreuen.

## Die Botschaft König Georgs an das griechische Volk

Athen, 6. Nov.

Die griechische Regierung hat ein Telegramm König Georgs II. erhalten, in dem dieser dem Staatspräsidenten und dem Minister mit bewegten Worten seinen Dank für die Glückwünsche zu dem Ausgang der Volksabstimmung ausspricht. König Georg bittet dann die Regierung um Veröffentlichung einer Botschaft an das griechische Volk, in der es u. a. heißt:

Griechen! Mit Gottes Güte und durch den Willen des griechischen Volkes kehre ich in mein Vaterland zurück. Die Trennung war für mich ein grausames Geschick, und die Prüfungen, die ich durchmachen mußte, waren zahlreich. Aber ich denke nicht im geringsten an irgendwelche Vergeltung. Ich habe

unter die Vergangenheit einen Schlüssel gezeigt, um mich ganz der Zukunft zu widmen. Gestützt auf die Zuneigung meines geliebten Volkes, will ich als treuer Ritter des Regimes meine ganze Kraft in die Vermehrung unserer Ideale leisten. Der Wahlspruch meiner Väter, so lädt die Botschaft, wird auch der meinige sein: Meine Stärke liegt in der Kraft meines Volkes!

Der griechische Außenminister erklärte Pressevertretern gegenüber, daß die Aenderung des Regimes in Griechenland auf die bisherige Richtung der griechischen Außenpolitik keinen Einfluß haben werde. Griechenland werde auf dem klaren und geraden Wege fortstreiten, den es seit Abschluß der Balkanunion eingeschlagen habe, und es werde mit den Großmächten und dem Völkerbund eng zusammenarbeiten. Was die gegen Italien beschlossenen Sanktionen betreffe, so werde Griechenland in lokaler Weise mit den im Völkerbund vertretenen Großmächten an ihrer Anwendung mitarbeiten.

## Neue Unterredung Mussolini – Drummond

Rom, 6. Nov.

Zwischen Mussolini und dem englischen Botschafter in Rom Sir Eric Drummond fand Dienstag nachmittag eine Unterredung statt. Darüber wird folgende amtliche Mitteilung ausgegeben: „Der italienische Regierungschef empfing heute während einer Stunde den englischen Botschafter. Gegenstand dieser Unterhaltung war, wie während der letzten Unterredung am 29. Oktober, die englisch-italienische Lage im Mittelmeer.“

Die Unterredung, die mehr als eine Stunde dauerte, hat in den hierigen politischen Kreisen einen guten Eindruck hinterlassen, wie auch von zuständiger italienischer Seite befürwortet wird. Habe die Botschaft auch keine Entscheidung gebracht, so sei sie doch bemerkenswert insofern, als die Ausprache über das im Augenblick heißeste Thema des Aufenthaltes der englischen Flotte im Mittelmeer fortgesetzt werden konnte. Eine Entscheidung in dieser Frage könnte nach bisheriger Ansicht den weiteren Gang etwaiger Verhandlungen über die italienisch-abessinische Frage nicht wesentlich beeinflussen.

Bekanntlich hat die italienische Seite der Zürückziehung einer Division aus der Cyrenaika bis jetzt auf englischer Seite keine Gegenmaßnahmen ausgelöst. Man darf annehmen, daß der englische Botschafter heute die Gründe dafür noch einmal dargelegt hat. Zu Meldungen, die aus London über eine Zusage Mussolinis hinsichtlich der Zürückziehung von weiteren 30.000 Mann vorliegen, war jedoch in zuständigen Kreisen eine Bestätigung nicht zu erhalten. Dagegen betont man, daß bei der gestrigen Unterredung Drummond – Mussolini auf die Frage einer Beliegung des italienisch-abessinischen Streites nicht besonders eingegangen waren sei.

## Erweiterung der Verbotsliste für Rohstofflieferungen nach Italien

Genua, 6. Nov.

Der Unterausschuß der Sanktionskonferenz für Wirtschaftsfragen hat am Dienstag den Vorschlag auf Erweiterung der Verbotsliste für Rohstofflieferungen nach Italien, der ursprünglich die Form eines Entschließungsentwurfes erhalten hat, geprüft. Der Entwurf wurde von dem Unterausschuß in folgender Form angenommen:

„Die im Vorschlag Nr. 4 vorgesehenen Embargomaßnahmen sollen auf folgende Erzeugnisse ausgedehnt werden, so bald die notwendigen Voraussetzungen für die Wirksamkeit dieser Ausdehnung vorliegen: Petroleum und seine Derivate und Nebenerzeugnisse, Guano, Eisen und Stahl einschließlich der Stahlverbindungen, gepresst, geschmolzen, gewalzt, gestreckt, gestanzt oder getrieben; Kohle, einschließlich Anthrazit und Braunkohle.“

kohle, Kohle und deren Zusammensetzungen, sowie die daraus gewonnene Brennstoffe.

Wenn die Antworten der Regierung auf diesen Vorschlag und die ihm zur Verfügung stehenden Mittelmaßen es angezeigt erscheinen lassen, wird der Arbeitsausschuß der Konferenz den Regierungen einen Zeitpunkt für das Zukunftsreferat der erwähnten Maßnahmen vorstellen.“

In der Sitzung des Unterausschusses für Transitsfragen wurde die Frage erörtert, wie verhindert werden soll, daß Erzeugnisse, deren Ausfuhr nach Italien durch den Sanktionsvorschlag Nr. 4 verboten sei, auf dem Wege der Durchfahrt durch das Gebiet von Ägypten, die an den Sanktionen nicht teilnehmen, trotzdem nach Italien gelangen.

Von englischer Seite wurde angezeigt, darauf zu achten, ob eine beträchtliche Vermehrung der Ausfuhr der Staaten, die nicht Mitglieder des Völkerbundes sind, nach Italien festgestellt werde und in diesem Falle durch den Arbeitsausschuß der Konferenz entsprechende Maßnahmen ergriffen zu lassen.

## Italiens Abwehrmaßnahmen

Rom, 6. Nov.

Die ersten Gegenmaßnahmen Italiens gegen die Sanktionen sind ab Dienstag in ganz Italien in Kraft getreten. Überall gilt seitdem die neue Bürozeit von 8 bis 12 Uhr und von 15 bis 18 Uhr. Der Kauf und Verkauf ist um eine Stunde vorverlegt, sämtliche Läden müssen um 10 Uhr schließen. Ferner waren am Dienstag zum ersten Male alle die kleinen Märkte geschlossen. In Gaststätten und Cafés durften die Tische am Dienstag nur eine halbe Stunde gesetzt werden.

## Die Unterwerfung von Agame

Nomia, 6. November. Am italienischen Hauptquartier berichtet, daß am Dienstag das Oberhaupt der italienischen Armee bei General de Vito eröffneten sei, um seine Unterwerfung an die italienische Besetzung als Befreiung betrachte. Seine Unterführer seien an gewiesen worden, sich gleichfalls zu unterwerfen. Wer innerhalb einer bestimmten Zeit diesem Befehl nicht Folge leiste, werde als Rebell betrachtet werden.

Der bisherige Befehlshaber der italienischen Truppen an der Nordfront ist auf keinen Widerstand der Abessiner gestoßen. In Nomia sind Gerüchte über ernste Auseinandersetzungen in der Gegend von Matalla verbreitet. Dort sollen angeblich die abessinischen Truppen bei ihrem Abmarsch verloren haben. Dies mit sich fortzuführen, was bei der einheimischen Bevölkerung bestätigt wurde. Es sei zu Zusammenstößen gekommen, bei denen mehrere Personen getötet oder verwundet worden seien.